

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Salz a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 8.

Salz, den 22. Februar 1907.

VIII. Jahrgang.

## Vertragsabschluss im Düsseldorf-Schreinerergewerbe.

Ein Lohnkampf ist ohne früheren oder späteren Erfolg! Die Wahrheit dieses Satzes zeigt sich so recht deutlich bei dem jetzigen Vertragsabschluss der Düsseldorfer Kollegen. Auch in Gewerkschaftskreisen ist der Gedanke noch vielfach verbreitet, daß ein ohne Erfolg beendeter Lohnkampf für die betreffende Arbeiterschaft ohne weiteres als verloren anzunehmen sei, weil er einen direkten materiellen Vorteil nicht gebracht habe. Dem ist jedoch nicht so, denn die Lehren, welche die Arbeitgeber in einem solchen Falle erhalten haben, äußern sich des öfteren erst später und vielfach zugunsten der Arbeiter. Ganzlich verloren ist nur dort der Kampf, wo die Arbeiter nach Abbruch desselben die Organisation verlassen und sich zu keiner ernstlichen Tat mehr aufzuraffen vermögen. Dieses zeigte sich besonders, abgesehen von anderen Orten, bei den Lohnbewegungen in Duisburg und Düsseldorf im Jahre 1905. In Duisburg wurde nach einem 13wöchentlichen Kampfe ohne positives Ergebnis die Arbeit wieder aufgenommen. Gleich darauf zahlten die Arbeitgeber bereits 2 Pfg. pro Stunde mehr und am 1. April 1906 zahlte man weitere 2 Pfg. Lohn-erhöhung, ohne daß diesbezügliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden hätten. Und ähnlich wie in Duisburg so gestaltete sich auch in Düsseldorf die Lage, wenn auch in anderer Form.

In Düsseldorf war im Sommer 1905 nach vorausgegangenen, mehrmaligen, erfolglosen Verhandlungen ein äußerst hartnäckiger Lohnkampf entbrannt. Die Arbeitgeber weigerten sich grundsätzlich, auch nur die geringste, allgemeine Lohn-erhöhung zu geben. Selbst nach einem bereits 6wöchentlichen Kampfe, in einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht, waren die Arbeitgeber von diesem Standpunkte nicht abzubringen. Erst nach einem 13wöchentlichen Kampfe erklärte man sich bereit, eine, wenn auch nur geringe, allgemeine Lohn-erhöhung zu gewähren. Diese wurde jedoch in Rücksicht auf den daraus resultierenden Abschluß eines 3jährigen Vertrages von den Arbeitern abgelehnt und daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. Seit dieser Zeit nun bestand in Düsseldorf mit den Arbeitgebern kein Vertragsverhältnis. Um nach beendeter Lohnbewegung ein Steigen der Löhne zu verhindern, hatten die vereinigten Arbeitgeber und Fraternisationsvereine ihre Mitglieder verpflichtet, keinerlei Lohn-erhöhung zu zahlen, bis ein beiderseitiger Vertrag abgeschlossen sei. Diese Abmachung wurde jedoch in offener und geheimer Weise umgangen und dürfte die eingetretene Lohnsteigerung einige Pfennige pro Stunde betragen haben. Ein weiteres Anziehen der Löhne wäre voraussichtlich eingetreten bei besserer Beschäftigung im Schreinerergewerbe. Diese ließ jedoch während der ganzen vertragslosen Zeit sehr zu wünschen übrig. Deutlicher zeigten sich jedoch die Erfolge des damaligen Kampfes bei dem jetzt erfolgten Vertragsabschlusse.

Trotzdem die Arbeitgeber in Rücksicht auf den in Berlin entbrannten großen Kampf im Holzgewerbe an die Arbeiterorganisationen herangetreten waren mit der ausgesprochenen Absicht, falls kein Vertrag zustande kommt, dann eine neuerliche Aussperrung vorzunehmen, konnte doch nach mehr als 6stündiger Verhandlung eine Einigung erzielt werden. Aufgesehen sachliches Verhandeln, objektive Prüfung der bestehenden Verhältnisse, Vermeidung aller prinzipiellen Auseinandersetzungen und überflüssigen Nebenarten das kennzeichnete die dies-maligen Verhandlungen. Wenn auch das Erreichte, besonders bei der Lohnfrage, hinter den Wünschen der Kollegen zurück-bleibt, so ist hierbei die inzwischen bereits eingetretene Steigerung der Löhne zu berücksichtigen; weiterhin ebenso, daß eine feste vertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse beiden Teilen zugute kommen wird. Die Geschäftsflaute, welche seit dem damaligen Kampfe andauert, wird wohl infolge des Vertrags- abschlusses einer besseren Konjunktur im Gewerbe Platz machen. Sind die Werkstätten voll beschäftigt, so kommt dieses indirekt auch den einzelnen Kollegen zugute.

Gegenüber dem alten Vertrage, der bis zum Ausbruche des Lohnkampfes in Geltung war, bedeutet der neue Vertrag eine bedeutende Verbesserung. In jenem war nur über Arbeitszeit, Arbeiterausschüsse und Ueberzeitarbeit eine, dazu sehr mangelhafte Regelung vereinbart worden. In dem jetzt ab- geschlossenen Vertrage ist die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeiterausschüsse präziser festgelegt und sind für Ueberstunden resp. Nacht- und Sonntagsarbeit bedeutend höhere Sätze vereinbart worden. Dann wurden erstmalig auch die Lohnver- hältnisse in den Vertrag einbezogen und eine Lohn-erhöhung von zusammen 5 Pfg. pro Stunde vereinbart. Hier waren

von Seiten der Kollegen weitergehende Wünsche geäußert worden, jedoch wurde in Anbetracht der vorliegenden Ver- hältnisse auf der angegebenen Mittellinie eine Verständigung erzielt. Bei der Regelung der Montagearbeit haben ebenfalls einige unserer Wünsche keine Berücksichtigung gefunden; allein wenn man bedenkt, welche Zerkündertheit bisher am Orte schon herrschte und wie traurig es in dieser Beziehung noch in der nahen Großstadt Duisburg aussieht, dann kann man mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein; umso mehr da keine Ver- schlechterungen der bestehenden Verhältnisse eintreten dürfen. Etwas eigenartig ist die Vertragsendung festgesetzt worden, nachdem über diese Frage beinahe die ganze Verständigung gescheitert wäre. Dieselbe richtet sich nach dem eventl. abzu- schließenden Berliner Vertrage, doch muß dieselbe in die Zeit bis 1. April 1910 fallen, widrigenfalls dieser Termin als Vertragsendung gilt. Größere Vorteile bietet der nunmehr abgeschlossene Vertrag auch gegenüber dem jetzigen Vertrage mit der Firma Schöndorff. Es muß dafür gesorgt werden, daß bei dem in diesem Sommer erfolgenden Ablauf dieses Vertrages dementsprechende Verbesserungen errungen werden. Hier sind es zunächst die Löhne, vornehmlich die der Maschinen- arbeiter, welche notwendig der Aufbesserung bedürfen; weiter muß eine bessere Regelung der Montage- und Ueberzeitarbeit stattfinden.

Alles in allem genommen, sind durch den getätigten Ver- tragsabschluss auch nicht alle Wünsche erfüllt worden, mag noch manches verbesserungsbedürftig sein, ist hierdurch eine Grundlage geschaffen, auf welcher später weitergebaut werden kann. Die Kollegen müssen dafür sorgen, daß auf den einzelnen Werkstätten das Errungene in der richtigen Weise durchge- führt und hochgehalten wird. Wo Verstöße vorkommen, müssen dieselben sogleich in der Geschäftsstelle gemeldet werden, es wird dann sofort eventl. durch das wieder errichtete Einigungs- amt für Abhilfe gesorgt werden. Mit aller Energie muß jetzt überall in die Agitation eingetreten werden, damit die noch vorhandenen Unorganisierten sich ebenfalls unserer Organisation anschließen, damit nicht durch diese das Errungene in Frage gestellt werden kann. Den Kollegen aber, welche in den Wagen- fabriken, in Stellmachereien oder als Modell- oder Fabrik- schreiner in sonstigen Betrieben beschäftigt sind, sei zugerufen: Sorgt durch eine unablässige Organisationsarbeit auch für eine Besserung eurer Verhältnisse. Weitere große Aufgaben sind noch zu erfüllen in den Außenorten; hier liegen die Organi- sations- und Arbeitsverhältnisse noch teilweise sehr im Argen. Erfreulich ist es, daß sich bereits einige der Vorortzweitzellen (Rath und Beirath) an die Düsseldorfer Zahlstelle angegliedert haben. In agitatorischer und wirtschaftlicher Beziehung ist dieses für die Kollegen von Vorteil. Es sei nur an den Ar- beitsnachweis und an die Krankentunterstützung erinnert. Mögen auch die übrigen Zahlstellen sich recht bald zu diesem Schritte entschließen, es würde einen weiteren Fortschritt be- deuten. Und „Vorwärts immer“ muß unsere Parole lauten.



## Die Sozialpolitik der „Erstklassigen“.

Vor einer Woche ist der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands mit einem kurzen markanten Aufruf an die christlich-nationale Arbeiter- schaft Deutschlands herangetreten, einem Bedruf, von dem jeder einsichtige Kollege hoffen muß, daß er nicht ungehört verhallt. Hinein in die christl. Gewerkschaften und die Arbeitervereine! Workmens to the front! Arbeiter vor die Front und unter die Fahne jener großen christlich-nationalen Heerschar, die zielbewußt eintritt für die Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiterschaft und den Schutz unserer Volk- und Arbeiterrechte.

Fast zu derselben Zeit, als Schreiber dieses den er- wähnten Aufruf las, fiel ihm ein Bericht über eine Versamm- lung in die Hände, deren Verhandlungen einen neuen Be- weis dafür geben, wie nötig es ist, der christlich-nationalen Arbeiterschaft ein kräftiges „Wach auf, sei auf der Hut“ zuzurufen. Es handelt sich nämlich um die Generalver- sammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, der Elitegruppe des Agrariertums, in der am Festnachmittage in Berlin eine alle Beachtung beanspruchende sozial- politische Weisheit verzapft wurde. Die Herren hatten wenigstens die Ehrlichkeit, mit offenen Karten zu spielen und es dürfte deshalb gut sein, auf die Verhandlungen etwas näher ein- zugehen.

Die Versammlung beschäftigte sich u. a. mit den Wirkungen der sozialpolitischen Gesetzgebung, ihrer Vereinfachung und der Verteilung ihrer Kosten.

Darüber sprach der aus dem Herrenhause schon als Scher- wacher bekannte Dr. v. Burgsdorff. Er empfahl u. a. Folgendes:

„Zug, eine Resolution, die konstatiert, daß die sozial- politische Gesetzgebung keine Zufriedenheit bei der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen und die Um- sturzbewegung nicht eingeschränkt hat, und die folgende Vor schläge macht. Es ist anzustreben: 1.) die Ver- schärfung der drei Arbeiterversicherungsgeetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinfachung und die Ver- billigung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streit- verfahrens; 2.) eine ausgiebige Erschließung der in der Volkswirtschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuer- quellen in Verbindung mit geeigneten Repressivmaß- regeln gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozial- demokratie, ohne welche bei den Maßregeln die sozialpolitische Fürsorge zumal in der Gestalt, welche sie heute angenommen hat, als dem Sinne der Volkswirtschaft vom 17. November 1881 wider- sprechend, und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend angesehen werden muß. Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, vielmehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Begehrlichkeit unter der Arbeiterschaft hervorgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Be- lastung vieler Kreise und Erwerbszweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen ersucht, weitergehende Maßregeln solange zurückzustellen, bis die Volkswirtschaft vom 1881 mit den dort angeordneten und für unerlässlich erklärten Mitteln durchgeführt und der Erfolg dieser Durchführung in dem von der Volkswirtschaft erhofften Sinne abgemerkt worden ist; dagegen von einer Arbeits- losenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.“

Freiherr von Reising gab seinem Bedauern Aus- druck über die Wirkung der sozialpolitischen Gesetz- gebung, deren Forderung durch die Arbeitslosenver- sicherung er befürchtet. Immer weitere Kreise der Be- völkerung werden Staatspensionäre. Wir stehen schon halb im Zukunftsstaat, und was ist der Dank? Eine Ver- mehrung der sozialdemokratischen Stimmen von 550 000 auf 2,2 Millionen. Die wirtschaftliche Einheit zwischen Herrn und Knecht ist gesprengt. Die soziale Gesetzgebung habe Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gegensatz zu einander gebracht. Das trägt zur Vermehrung der Sozial- demokratie auf dem Lande bei. Die Unfallversicherung mit ihren Schnapsrenten bevorzugt die Industrie gegen- über der Landwirtschaft. Auf dem Lande bedeutet eine 25% Erwerbsfähigkeit noch keine Einbuße an Lohn; deshalb müssen diese Renten einfach beseitigt werden. Der Staatszuschuß für die soziale Gesetzgebung muß durch indirekte Steuern aufgebracht werden.

Herr v. Burgsdorff ist ganz derselben Meinung. Die kaiserliche Volkswirtschaft vom 1881 ist ein kostbares Ge- schätz, aber nur das Mittelstück ist durchgeführt, es fehlt der Kampf gegen den Umsturz, und die indirekten Steuern zur Durchführung der sozialen Gesetzgebung. Statt dessen haben wir die Gebührenssteuer bekommen, an die Fürst Bismarck sicher nicht gedacht hat. Jetzt fehlt nur, daß man paritätische Arbeitskammern einrichtet. Wir können der Volkswirtschaft vom 17. Nov. 1906 fröhlich bei, daß die Gesetz- gebung dem Schutz und Wohle der wirklich Schwachen wirkt. Aber wer ist schwach und hilflosbedürftig? Die Arbeiter? Nein! Für sie ist heute an allen Ecken und Enden gesorgt. Jedoch der Mittelstand ist notleidend, er ist schlechter gestellt als der Arbeiterstand. Wir sehen ja, wie die Sozial- demokratie bemüht ist, den Mittelstand mit ihren Poppenarmen zu umfassen.

General z. D. v. Jagwitz ist mit dem Reichsminister nicht einverstanden, wenn er neulich telegraphisch habe: die Sozial- politik würde die alten bewährten Bahnen weiterwandeln. Diese bewährten Bahnen seien doch sehr fraglich. Der Redner ist dafür, daß der jetzige nationale Auffschwung benutzt werde zur Befestigung der nationalen Stellung, aber man möge in der Resolution nicht sagen: durch „geeignete Repressivmaß- regeln“, sondern dafür setzen durch „Eindämmung des Koalitions- und Streikmanges“.

Auch Herr v. Bodelschwingh hält ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokraten für berechtigt. Aber nachdem sich gezeigt hat, daß bei genügender Wahlbeteiligung die Sozialdemokratie zu schlagen ist, würde es sich doch sehr fragen, ob jetzt der Moment für ein neues Sozialistengesetz gekommen wäre. Wir müssen viel- mehr auf einen anderen Weg tunnen. Aus dem Wege der Vor- schläge des Herrn v. Burgsdorff könnte der Sozialdemokratie viel Wasser abgegraben werden. Daneben käme auch als Mittel gegen die Sozialdemokratie der Kampf gegen Judentum und Judenpresse in Betracht. Redner bittet weiter um Sparsamkeit für die christ- liche Arbeiterbewegung, die trotz mancher menschlich- erklärlichen Entgleisung doch ein fester Ball gegenüber der Sozialdemokratie neben den ländlichen Organisationen bilden könne.

Die vorstehenden knappen Ausführungen mögen genügen, um ein Bild von der „sozialpolitischen Gesamtung“ dieser freiherrlichen Mittelstandsreiter und Beschützer der wirklich Schwachen zu geben. Aus allen Reden merkt man die „gute Absicht“ und wird verstimmt. Sozialpolitik ist nicht — erzieht keine Kopfmüde und Jagader, sondern ruft Vegetäri- schkeit unter den Arbeitern hervor. Karls wollen sogar paritätische Arbeitskammern. Fabelhafte Frechheit. Einzig richtige Mittel: Eindämmung des Koalitions- und Streikmanges, Repressivmaß- nahmen, mehr Steuern, Abfütterung mit nationalen Phrasen und Verwendung als Quadersteine für die Mauer gegen die Sozialdemokratie, hinter der wir uns zur Rettung des Mittel- standes verstecken.

Wir danken dafür. Mit Reuten, die den sozialpolitischen Auffschwung heranzustellen, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gegensatz zu einander

gekommen seien, daß durch sie die Einheit zwischen ihnen zer-  
rissen wurde, läßt sich überhaupt ernstlich nicht diskutieren.  
Eine derartige Behauptung ist eine Verdrehung der Tatsachen  
und zeugt von einer Unkenntnis der in Frage stehenden Ur-  
sachen und Wirkungen, wie sie uns lange nicht begegnet ist.  
Die der sozialen Gesetzgebung in die Schuhe geschobene Schuld  
fällt gerade auf die Herren Scharfmacher, die sich kraft ihres  
Selbstbesatzes für erfindliche Menschen halten, denen der Mob,  
das gemeine Volk, willig zu gehorchen hat, wenn sie diktieren  
und die sich der Einheit mit den Arbeitnehmern mit erinnern,  
wenn ihnen von oben zur Bekämpfung gewisser wirklicher  
und eingebildeter Gefahren sanft auf die Gühneraugen ge-  
treten wird.

Gottlob gibt es im Deutschen Reich noch andersdenkende  
Arbeitgeber, Männer, die wissen und es betätigen, daß ihre  
Arbeiter ihnen mit Helfen Schätze zu schaffen. Aber gerade  
diese Steuer- und Wirtschaftstreformer-Verammlung muß uns  
christlichen Gewerkschaftlern ein tröhnendes Signal zur Wach-  
samkeit und fleißigen Arbeit sein, damit nicht eines Tages  
der Morgen jener „Reformer“ hereinbricht, den die Scharf-  
macher herbeiführen und deren Kommen sie mit aller Macht  
zu fördern suchen. Deshalb an alle, die noch schlafen, ein  
kräftiges:

**Wacht auf!**

### Kündigung des Tarifes in Mannheim durch den Deutschen Holzarbeiterverband.

Zu den vielen hinterlistigen Schurkenstreichen, die der  
Deutsche Holzarbeiterverband schon so oft verübt hat, hat er  
nun einen neuen in Mannheim gefügt. Allem Anscheine nach  
achtet der Deutsche Holzarbeiterverband immer mehr zu einer  
Organisation aus, die durch Falschheit und Hinterlist ein Auf-  
steigen des Arbeiterstandes aus seiner bedrängten Lage ver-  
hindern will, um so die Holzarbeiter in Ungnade zu bringen  
und damit der revolutionären Sozialdemokratie erhalten zu können.  
Dem anders kann man die Haltung des Deutschen Holz-  
arbeiterverbandes in Mannheim, speziell des Lokalbeamten  
Rehfeldt, nicht beurteilen. Aus dem nachfolgenden mögen  
die Kollegen anderwärts ersehen, mit welcher heimtückischen  
Mitteln die Genossen in Mannheim arbeiten.

In Mannheim hat im vorigen Jahre eine Lohnbewegung  
stattgefunden, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages für  
die Dauer von einem Jahre endigte. Anfangs schien es, als  
konnte es zu einem langen Kampfe, aber schon nach sechs-  
wöchiger Strafe wurde mit den Arbeitgebern eine Einigung  
erzielt. Dieses günstige Resultat wurde vor allem dadurch  
erzielt, daß beide Organisationen Forderungen einreichten und  
auf der Durchsicherung und Anerkennung bestanden. Nur  
durch die Geschlossenheit der Kollegen ist ein Erfolg erzielt  
worden, was man jetzt anscheinend nicht mehr will. Da der  
Tarif von Jahr zu Jahr lichter ist und eine Kündigung  
jeweils am 1. Februar erfolgen muß, beschloß sich unser  
Verband in einer Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung  
mit der Kündigung des Tarifes. Einmütig waren die  
Kollegen der Ansicht, daß durch ein gemeinsames Vorgehen  
der Organisationen auf friedlichem Wege ein Erfolg erzielt  
wird. Um diesen zu erreichen, trat unser Verband an den  
sozialdemokratischen Holzarbeiterverband heran und forderte  
denselben im Interesse der Kollegen an, die Tarifkündigung  
gleichzeitig einzutreiben. Am 17. Januar teilte uns der  
Lokalbeamte des Deutschen Holzarbeiterverbandes folgendes mit:

P. P.

Befähigte hiermit den Empfang Ihrer Zuschrift vom 15.  
d. Mts. und werde dieselbe meiner Verwaltung unterbreiten.  
Hochachtungsvoll  
Karl Rehfeldt.

Aus diesem Schreiben ging hervor, daß die Ortsver-  
sammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu unserem  
Schreiben noch keine Stellung genommen hatte. Wir warteten  
nun auf eine Antwort, weil nach alt hergebrachter Sitte auf  
Zuschreiben eine Antwort, sei es nun im bejahenden oder  
verneinenden Sinne gegeben wurde. Wir hatten jedoch den  
Charakter der folgenden Geister des roten Holzarbeiterver-  
bandes zu hoch eingeschätzt. Denn auf Sitte und An-  
stand hat die östliche Zeitung des D. Holzarbeiter-  
verbandes gepfiffen und auf unser Schreiben  
keine Antwort gegeben. Da auch keine Mitglieder-  
versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes stattgefunden  
hat, in der zur Kündigung des Tarifes Stellung genommen  
wurde, nahm unser Verband an, daß die Genossen den Tarif  
nicht kündigen wollen und so wurde auch unsererseits von  
einer Kündigung des Tarifes Abstand genommen. Am 2.  
Februar erfuhr wir jedoch, daß die Genossen in aller  
Eile, ohne ihre eigenen Verbandsmitglieder  
gefragt zu haben, den mit den Arbeitgebern  
abgeschlossenen Tarif gekündigt haben. Die  
„Genossen-Führer“ haben also nicht einmal den Mitglieder  
von der Tarifkündigung verständigt, obwohl ohne die Zu-  
stimmung der Gewerkschaftsmitglieder weder Tarifverträge ab-  
geschlossen noch gekündigt werden dürfen; das verlangen die  
unseren demokratischen Grundgesetze angeordneten Gewerkschafts-  
organisationen. Doch was fragen selbstbewußte Genossen nach  
dem Willen der Grundgesetze, wenn sie den Genossen nicht in  
den Arm, dann lassen diese eben Grundgesetz Grundgesetz sein.  
Die Tarifkündigung durch die Genossen erfolgte also  
unter Umständen, die uns klar zeigen, daß die Genossen selbst  
vor Anwendung heimtückischer Mittel nicht zurückschrecken  
sich lassen und die Unmöglichkeit in die Hände der Arbeiter-  
schaft zu tragen und um so eine Verbesserung der Lohn- und Arbeits-  
verhältnisse herbeizuführen zu können. Die uns Jänner in  
Mannheim nicht ganz genau, daß wir durch gemeinsames  
Vorgehen der Organisationen etwas erreicht werden kann.  
Aus dem in Nr. 6 unseres Verbandsorganes veröffentlichten  
Schreiben geht hervor, daß die Zusammenkunft des Deutschen  
Holzarbeiterverbandes größere Lohnbewegungen auf dem  
Wege geht, in die Aussperrung in Berlin zurückzuführen

ist und die Arbeitgeber außerdem in Dresden, Leipzig, Görlitz  
und Mannheim die Tarife gekündigt hätten. Unwillkürlich  
kommt hier einem der Gedanke, daß die „Mannheimer Genossen“  
ihren Hauptvorstand beschwindelt haben, denn nicht die  
Arbeitgeber, sondern die Genossen haben den  
Tarif gekündigt. Der Hauptvorstand des D. H. schreibt  
aber in seinem Zirkular, daß die Arbeitgeber den Tarif ge-  
kündigt hätten, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht.  
Jedem wird also „gemogelt“, entweder in Stuttgart oder  
in Mannheim. Sollte hier etwa gar der Lokalbeamte  
Rehfeldt seine Hände im Spiele und den Hauptvorstand  
des D. H. „depüriert“ haben, indem er die Kündigung des für  
etwa 60 Kollegen geltenden Baianenschläger-Tarifes durch die  
Arbeitgeber als eine Kündigung des allgemeinen Tarifes nach  
Stuttgart gemeldet hat? Möglich ist es, denn Rehfeldt  
bringt noch andere Sachen fertig.

Als wir die Kündigung des Tarifes am 2. Februar er-  
fuhr, traf unser Vorsitzender Kollege Heß den Vorsitzenden  
des soziald. Verbandes und fragte ihn, warum der D. H. auf  
das Schreiben des christl. Holzarbeiterverbandes keine Antwort  
gegeben hätte. Ganz verwundert sagte er: „So viel ich  
weiß, hat euch Rehfeldt doch die Antwort ge-  
geben“. Der Vorsitzende des D. H. gibt also zu, daß sie  
sich mit unserm Schreiben befaßt und daß Rehfeldt unserm  
Verbande auf das Schreiben Antwort geben sollte, was Reh-  
feldt aber nicht getan hat. Als dann Kollege Erising den  
genannten Rehfeldt aufsuchte und ihn fragte, warum er  
keine Antwort gegeben hätte, suchte er sich mit nichtsagenden  
Redensarten um die Sache herumzudrücken. Doch gestand er  
ein, daß er das Bestätigungsschreiben von dem Empfang  
unseres Briefes geschrieben hat, ehe er es seiner Ortsver-  
waltung mitgeteilt hatte. Entweder hat nun der Vorsitzende  
der Zahlstelle Mannheim des D. H. unserem Kollegen Heß  
gegenüber die Unwahrheit gesagt, oder aber Rehfeldt hat  
die Antwort, die er uns im Auftrage seiner Ortsverwaltung  
mitteilen sollte, unterschlagen. Mag nun die Sache liegen  
wie sie will, das eine steht fest, der D. H. hat durch seine  
Haltung in Mannheim aufs neue bewiesen, daß es ihm um  
eine offene, ehrliche und praktische Mitarbeit zur Ver-  
besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu tun ist.  
Wer die Mannheimer Genossen und die dortigen Verhältnisse  
kennt, wundert sich über diese hinterlistige arbeiterverräterische  
Haltung der „Genossen-Führer“ nicht. Die arbeiterschädigende  
Heße der soziald. „Vollstimme“ zeitigt allmählich auch bei  
den Holzarbeitern ihre Früchte. Diejenige Organ für „Frei-  
heit und Brüderlichkeit“ ist kein Mittel zu gemein, wenn es  
gilt, die Arbeiterschaft gegenseitig zu verhetzen und in gegen-  
seitige Kämpfe hineinzutreiben. Die Vorbeeren oder vielmehr  
Niederlagen, die die anderen Verbände in Mannheim bei  
diesen Kämpfen ertragen haben, läßt die Holzgenossen nicht  
mehr ruhen, auch sie wollen sich nun an der in Mannheim  
sprichwörtlich gewordenen „Christenheße“ beteiligen. Wenn  
die Genossen aber glauben, sie können unsere immer härter  
werdende Zahlstelle durch ihre jetzt eingeschlagene „Tarifbe-  
wegungstaktik“ vernichten, werden sie sich gewaltig täuschen.  
Uebrigens muß es den roten Hauptstimmungen in Mannheim bei  
der sich selbst eingebrachten Suppe nicht mehr recht wohl sein.  
Bis jetzt haben sie immer noch nicht den Mut gefunden, ihre  
Mitglieder von der erfolgten Kündigung des Tarifes zu ver-  
ständigen. Dieselbe erfolgte am 1. Februar, am 5. Februar  
hatte der Deutsche Holzarbeiterverband Generalversammlung,  
in der aber alles, nur nichts von Tarifkündigung gesprochen  
wurde. Warum, fragen wir, läßt man die eigenen Mitglieder  
im Unklaren und hat nicht den Mut, denselben reinen Wein  
einzugießen? Will man etwa, wenn die Aussperrung in  
Berlin noch länger dauern sollte, die Mannheimer Tarifbe-  
wegung nach berühmten Mustern wieder abzurufen? Die  
Genossen mögen nun machen was sie wollen, wir werden die  
Mannheimer Holzarbeiter über den tatsächlichen Hergang der  
Tarifkündigung unterrichten und dafür Sorge tragen, daß die  
arbeiterverräterischen Manipulationen der „Genossen-Führer“  
ausgesperrt kommen.

### Betrachtungen aus dem Schwarzwald.

o Schwarzwald, o Heimat, wie bist du so schön.  
Gewis wird dem, der je einmal diese Gegend durch-  
wanderte, wenn die Sonne ihre Strahlen über Berge  
und Täler wirft, wenn der Ruf der Aue ruft und der Chor der  
Vögel aus den nahen Lannenwäldern schallt, der Schwarz-  
wald im Andenken bleiben. Es muß ihm aber auch im An-  
denken bleiben wenn er sieht, wie heute Jener, der einst  
hoch oben im Berge im frohbedeckten Häuschen im Kreise  
der Familie die Lektüre ansetzte, den mühevollen Weg  
herunter in die Großbetriebe machen muß. Wenn er sieht,  
wie in den Tälern nicht mehr Bauernhäuser und Werkstätten  
schöne Dörfer bilden, sondern Fabrikschornsteine, hohe Rauch-  
wolken und zahllose Arbeiterhäuser Industriestädte verkünden.  
Aber auch das möge noch zu verschmerzen sein, wenn nur nicht  
die schmerzlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, Not  
und Elend Einkehr gehalten hätten. Ja, es ist nicht zu  
leugnen, daß die ehemaligen kräftigen Schwarzwälder,  
heute als niedergebogene enttäuschte Reaktionen dastehen, von  
demselben Jenseitigen sagt, daß sie nicht mehr leistungsfähig  
sind. Es kann nicht gelugnet werden, daß an jenem  
Orte, wo einst der Frau die Erziehung der Kinder noch mög-  
lich, heute die Kleinkinderarbeit ihren Eingang ge-  
halten hat, oder was noch schlimmer, die Frau und Mutter  
selbst in die Fabrik muß, weil der Mann unter den heutigen  
Lohnverhältnissen als alleiniger Ernährer der Familie nicht  
in Betracht kommt. Ja, wo einst Ruhe und Friede herrschte,  
ist heute ein mühevoller Kampf ums Dasein zu finden. So  
richt auch der Schwarzwald an Mannheimer sein mag, so  
gibt es doch am Abend wenn die Sonne hinter den dunklen  
Bäumen verschwindet ein Bild seiner Bewohner. Daher  
heißt es der Jenseitigen, heißt es den höchsten Richtern,  
nicht hat auch der Schwarzwald nicht verdient

Schließt euch zusammen in den christlichen Berufsorganisationen  
und dann werdet auch ihr euch wieder, nachdem ein friedlicher  
Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt ist,  
eurer Schwarzwald-Heimat erfreuen und mit Ueberzeugung  
in das Lieb einstimmen können: In der Heimat ist es schön,  
wo der Berge Lüfte wehn.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerk-  
sam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 8.  
Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Februar 1907  
fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen  
Lokalbeitrages von 5 Pfg. erhalten die Zahlstellen Garmisch-  
Partenkirchen und Göttingen.

#### Die Einsendung der Fragebogen

ist bisher von folgenden Zahlstellen trotz wiederholter Auf-  
forderung nicht gekommen:

- Amberg, Arnberg, Allenstein, Bensheim, Berchtesgaden,  
Berlin, Bremen, Beverungen, Eöln (Holzarbeiter), Eöln  
(Tapezierer), Erfeld, Dorsten, Detmold, Donaueschingen, Eils-  
hausen, Emmerich, Erkelenz, Fulda, Gelsenkirchen, Sch. Gmünd,  
Goch, Göttingen, Gleiwitz, Haspe, Höchst, Heilbronn, Hamm,  
Homburg v. d. H., Herlshagen, Kempten, Kattowitz, Konstanz,  
Kiel, Landau, Lahr, Lauf, Leipzig, Löhne, Lonsenthal, Meischebe,  
Mühlheim (Ruhr), Magdeburg, Mühlhausen (S.), Mergentheim,  
Memmingen, Munderkingen, Neu-Heuburg, Neuwied, Offen-  
burg, Oldenburg, Delbe, Deynhäusen, Passau, Quakenbrück,  
Rotweil, Rosenheim, Anholt, Reichenhall, Radevormwald,  
Remscheid, Speyer, Solfenheim, Spaltingen, Solingen,  
Schwemdingen, Schönau i. W., Steinbach, Stolberg, Straubing,  
St. Johann, Schillingheim, Strahlen, Todtnau, Triberg, Waren-  
dorf, Weeze, Worms, Werfen, Wangen, Wald.

Trotz mehrfacher Aufforderungen haben die nachstehenden  
Zahlstellen für das IV. Quartal 1906 noch nicht abgerechnet:  
Erfeld, Gleiwitz, Jsselsburg, Lauf, Meischebe,  
Oldenburg, Schönlank, Solfenheim, Solingen  
Straubing, Schillingheim, Siegen, Saargemünd,  
Wangen und Waldshut. Der Zeitungs- und Material-  
verstand wird für diese Orte eingestellt.

### Lohnbewegung.

Tarifbewegung in Eöln. Wie in der vorigen Nummer  
bereits mitgeteilt wurde, ist von Seiten des Arbeitgeberver-  
bandes den Arbeiterorganisationen nahe gelegt worden einen  
Tarifvertrag abzuschließen. Eine Sitzung mit den Arbeit-  
gebern hat bereits am Donnerstag den 14. d. M. stattgefunden.  
Es wurde dort ein allerdings nach vielen Seiten zu ver-  
bessernder Vertragsentwurf vorgelegt. In unserer Zahlstelle  
sind deshalb zurzeit ebenfalls Beratungen im Gange. Wegen  
der Kürze der Zeit und da am vorigen Samstag bereits eine  
sehr stark besuchte Mitgliederversammlung stattfand und um  
auch die Beratungen in den Kommissionen nicht zu fören,  
wurde von einer öffentlichen Versammlung abgesehen. Auch  
sollen die Arbeitnehmer-Vertreter schon am Sonntag den  
24. Febr. wiederum mit den Arbeitgebern zusammentreten, da  
eine längere Frist von den Arbeitgebern nicht zu erhalten  
war. Die Lohnkommission wird selbstverständlich mit Nachdruck  
versuchen, zu einem friedlichen, aber auch für die Kollegen  
befriedigenden Abschlusse zu kommen. Für die Kollegen aber,  
welche immerhin das letzte Wort zu dem Vertragsabschlusse  
haben, wird es notwendig sein, die Augen aufzuhalten und  
besonders jetzt auch die noch fernstehenden Kollegen für unsere  
Sache zu gewinnen. Je geschlossener und fester die Or-  
ganisation, je mehr ist auch auf friedlichem Wege von den  
Arbeitgebern zu erreichen. Die Arbeitgeber legten uns einen  
Vertragsentwurf vor und drängen auf schnelle Erledigung der  
Angelegenheit und werden auch wohl vor einer Aussperrung  
nicht zurückschrecken, wenn wir uns nicht einigen können.  
Darum der letzte Mann zur Organisation.

Lohnbewegung der Tapezierer in Eöln. Der Tarif,  
den die Tapezierer in Eöln vor 2 Jahren mit den Unter-  
nehmern abschlossen, läuft am 1. April d. J. ab. Die Be-  
wegung von 1905 hatte den Tapezierern die 9 stündige  
Arbeitszeit, bei Weiterzahlung des bisherigen Lohnes und  
sonstige Verbesserungen gebracht. Doch jetzt beim Ablaufe  
desselben war man sich aber auch klar, daß er sehr ver-  
besserungsbedürftig sei. In den zwei Jahren, in denen die  
Geschäftskonjunktur eine sehr gute war, haben die Arbeit-  
geber wohl nach jeder Seite hin gute Geschäfte gemacht und die  
Verhältnisse bedeutend vergrößert. Wir können aber immerhin  
wieder festhalten, daß die Löhne der Gehülften fast gar nicht  
gestiegen sind. Ja! zieht man die Lohnverhältnisse noch  
hinzü, so kann man wohl ruhig sagen, der Lohn ist ein geringerer  
geworden. Der Minimallohn betrug bis jetzt 55 Pfg. pro Stunde,  
oder pro Woche 18,90 Mk. und das für einen gelernten  
Arbeiter in einer Großfabrik wie Eöln, wo der örtliche  
Lageort: doch schon 3,40 Mk. beträgt. Hier ist Verbesserung  
am Platze. Wir konnten feststellen, daß gerade der niedrige  
Minimallohn tiefst ungenügend wurde, indem viele Gehülften  
die schon 1-3 Jahre angelernt hatten, noch Löhne von  
35-38 Pfg. bekamen. So war es denn an der Zeit, einen  
besseren Tarif zu fordern. Am 10. Februar fand eine gut  
besuchte öffentliche Versammlung statt, die vom christl. und  
„Frien“ Verbände einberufen war. Dort legte die schon  
früher gewählte Kommission den Kollegen den neu aus-  
gearbeiteten Tarif vor. Jeder Punkt wurde lebhaft besprochen

land nach kleineren Änderungen einstimmige Annahme. Wird in den nächsten Tagen den Unternehmern zugehen. Von Essen! Jetzt gilt es wie ein Mann hinter den Forderungen zu stehen. Sorgt eifrig dafür, daß diejenigen, die dem Verbands noch fernstehen, sich unseren Anschließen. Seid ganze Männer, einig und stark! keine Mühen und Opfer und unsere gerechte Sache siegen.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Nachen.** Die Herren vom Arbeitgeber-Schutzverband sind hier recht eifrig an der Arbeit um — nun bleiben wir ein wenig von ihnen gebrauchten Worten — „die Arbeits- und Verhältnisse in geregelte, den Ortsverhältnissen angepaßte Bahnen zu lenken“. Wie das „in angepaßte Bahnen lenken“ auszumachen, davon ist ja leicht ein Bild zu machen. Zufällig bin ich in den Besitz eines Circulars, das Mitte Januar d. hiesigen Arbeitgeber zum Verband gelangte. Da das Bild für manchen Kollegen von Interesse sein dürfte, sei es in folgendem wiedergegeben:

„Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe für Nachen und Umgebung. Geachteter Herr! Der unterzeichnete Vorstand des zu Anfang vor. Jahres gegründeten Arbeitgeberverbandes des Holzgewerbes für Nachen und Umgebung gestattet sich durch Sie zu einer Versammlung der Arbeitgeber im Holzgewerbe auf Donnerstag, den 17. d. s. Monats, abends 7 1/2 im großen Saale des Domhofs, Ursulinerstraße 11 einzuladen. Zweck dieser Versammlung ist, einen festen Zusammenschluß möglichst aller selbständigen Holzermeister und sonstigen Arbeitgeber des Holzgewerbes herbeizuführen, um die Vertretung der gemeinsamen und allgemeinen Interessen der Arbeitgeber wahrzunehmen und die Förderung der Solidarität des Verkehrs unter den Mitgliedern zu pflegen. Auch die auch im Holzgewerbe, immer häufiger auftretenden Lohnkämpfe, machen den Zusammenschluß der Arbeitgeber des Holzgewerbes zu einer zwingenden Notwendigkeit, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse in geregelte, den Ortsverhältnissen angepaßte Bahnen zu lenken. Mehrere von Düsseldorf und Köln haben ihr Erscheinen zu dieser Versammlung in liebenswürdiger Weise zugesagt um über die gemachten Erfahrungen und namentlich auch über den in Berlin und Borussia ausgebrochenen Lohnkampf an ca. 15000 Tischler beteiligt sind, zu berichten. Da über unsere Stellungnahme zu diesem Lohnkampf beraten werden soll, so bitten wir höflichst um aktive Beteiligung der Herren Arbeitgeber des Holzgewerbes zu dieser Versammlung. Um den auswärtigen Herren rechtliche Rücksicht am Abend zu ermöglichen, bitten wir noch um zeitiges Erscheinen damit die Versammlung pünktlich einsetzt werden kann. Mit kollegialem Gruß! Der Vorstand: W. Stetter. Franz Mühlhaus. Leonh. Kersch.“

Wir können es den Herren Arbeitgeber nicht verübeln, auch sie sich zur Wahrung ihrer Berufsinteressen zusammenzusetzen. Daß sie aber wie in der vorangezeichneten Weise auch in Nachen vorgehen, erscheint als ziemlich starkes Stück und erkennen, daß die Herren vom Arbeitgeber-Schutzverband der Tischlermeister und Holzindustriellen in Berlin bereits ziemlich großen Einfluß auf die hiesigen Arbeitgeber erlangt. — Wir sind gewiß gern bereit mitzuhelfen, wenn es gilt, Arbeits- und Lohnverhältnisse in geregelte, den Ortsverhältnissen angepaßte Bahnen zu lenken, haben aber nicht die Illusion, daß der Arbeitgeberverband, dieses allein, zur Zufriedenheit der Kollegen regeln wird. Wir vertrauen daneben auf unsere Kraft. Diese, in der Organisation vereint, wird in der sein, das, was dem Gewerbe frommt, durchzuführen. Jedoch lieber als die Organisation der Arbeitgeber muß die untrügliche; je fester geschlossen wir dastehen, um so leichter wird es, das zu erreichen, was wir wollen.

**Waldau.** Leider war unsere am 11. Februar stattgehabte Generalversammlung nicht sehr stark besucht. Als wir mit unser Bezirksleiter Kollege Sangmeister aus Bromberg kamen. Derselbe führte den Kollegen in anschaulicher vor Augen, wie man am besten die Agitation betreibt. In und verschiedener Beispiele kam er auch auf die Kleinagitation zu sprechen, durch dieselbe wäre schon so mancher mühsige Kollege seine Sache gewonnen worden. Redner schloß seinen Vortrag mit der Erwartung, daß hier die Kollegen sich aufrufen und Überzeugung gelangen, daß ohne Organisation nichts zu tun ist. Einigkeit macht stark. In der Diskussion legte der ender unserer Zahlstelle Kollege Delle den Kollegen noch ein warmes Herz, daß jeder an dem Ausbau der Organisation mitwirken müsse, wenn er sein und das Los seiner Familie verbessern will. Denn erst dann, wenn unsere Reihen genügend gefüllt sind, können wir zum Kampfe vorgehen und der Sieg wird sein. Zum Schluß gebachten wir noch unseres Kollegen, welchen der Tod in den besten Jahren seiner Familie sein Andenken wurde dadurch geehrt, indem sich die von den Vätern erhobten.

**Wiesse.** Die am 9. Februar abgehaltene Generalversammlung der Zahlstelle, hätte in Anbetracht unserer Mitgliederzahl besucht sein können. Zu der selben war Bezirksvorsitzender Gloger aus Breslau anwesend. Aus dem Jahresbericht entnehmen, daß die Zahlstelle gute Erfolge hatte. Es wurden fünf Wahlen die Kandidaten unserer Zahlstelle gewählt, der Gesellenauschusswahl und bei den Wahlen zum Krankenrat, welche im Februar und Dezember stattfanden. Bei der Verhandlung, welche im Juli zum Streit führte, wurden unsere schonen Erfolge erzielt. Leider ist aber im Mitgliederstand eingetreten, da bereits alles organisiert, bis heute, mit denen nichts anzufangen ist. Bei der darauf stattgefundenen Vorstandswahl wurde, da Kollege Kynast eine Niederlage erlitt, unser bisheriger Kassierer Kollege Grieger als neuer gewählt. Zum Schluß der Wunsch an die Reisenden, zahlreich die Versammlungen zu besuchen, pünktlich die zu bezahlen und fleißig mitzuarbeiten an dem Ausbau der Gewerkschaften.

**Waldau.** Auch wir hielten im vorigen Monat unsere monatliche Generalversammlung ab, welche gut besucht war. In der Kassenbericht vorgelesen, erhaltete der Vorsitzende Sauer in ausführlicher Weise Bericht über die bisherige Tätigkeit der Zahlstelle. Von der Gründung im Februar ausgehend, 5 Kollegen für den Verband gewonnen wurden, berichtete Sauer des weiteren die allmähliche Entwicklung unserer Gruppe und können wir am Schluß unseres ersten Berichtes mit voller Zufriedenheit auf das Erreichte zurückblicken. Wir sammeln doch schon 50 Mitglieder. Auch in betrefft die Gründung der Gewerkschaften hat sich unsere Zahlstelle im

verflorenen Jahre, mehreremal mit Erfolg beteiligt. Für die weitere Heranbildung der Mitglieder wurde in regelmäßigen Mitgliederversammlungen sowie in mehreren größeren Versammlungen durch Vorträge gesorgt. Auch auf die erst vor kurzem angelegte Bibliothek wurde ganz besonders hingewiesen und den Kollegen zur eifrigsten Benutzung empfohlen. Nach einem kräftigen Appell an die Mitglieder, das bisher Erreichte hochzuhalten und für die weitere Entwicklung der Zahlstelle zu sorgen, wurde zur Vorstandswahl übergegangen, welche keine wesentlichen Veränderungen mit sich brachte. An die Kollegen sei auch hier wieder die Ermahnung gemüßt, ihren gewählten Vorstand nach Kräften zu unterstützen. Mit erneuertem Eifer wollen wir auch in diesem Jahre ans Werk gehen, um einestheils unsere Mitgliederzahl noch weiter zu erhöhen, dann aber auch unsere Arbeitsverhältnisse die teilweise als sehr miserabel zu bezeichnen sind, zu verbessern. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 23. Februar statt, in welcher Kollege Gloger, Breslau, anwesend sein wird. Alle Kollegen werden dringend ersucht zu erscheinen und möglichst unorganisierte Kollegen mitzubringen.

**Essen.** Am Samstag den 2. Februar fand im Alfredshaus eine vom Ausschuss der gesamten Sektionen einberufene Generalversammlung der Zahlstelle Essen statt. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. Hoffentlich werden sich die Kollegen zu den in Zukunft vierteljährlich stattfindenden Generalversammlungen zahlreicher einstellen. Dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Es wurden verkauft 80 Aufnahme- und 5621 Beitragsmarken. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 2546,25 Mk., die Ausgabe 118,50 Mk. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug einschließlich der früheren Lokalkassenbestände 3129,59 Mk. Die Ausgaben, welche sich durch die Einrichtung eines Bureaus ziemlich hoch stellen, betragen 964,05 Mk. Es verbleibt demnach noch ein Lokalfonds in Höhe von 2165,54 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 528. Leider hatten wir am Schluß dieses Quartals einen bedeutenden Mitgliederverlust zu verzeichnen durch Ausschluß resp. Austritt wegen rückständiger Beiträge. Der größte Teil dieser Kollegen bestand aus denen, die bei der letzten Lohnbewegung beigetreten waren und nun glauben, den Verband nicht mehr nötig zu haben. Behauerlicherweise haben wir auch diesmal den Verlust einiger Kollegen zu verzeichnen, die früher schon Vorstandsposten bekleidet haben, und jetzt, nachdem sie zum Arbeiter avanciert sind, glauben auch diese, ohne Verband fertig werden zu können. Es ist deshalb auch verständlich, wenn der Direktor den organisierten Kollegen, die auf Einhaltung des Tarifs verweisen, erwidert: „Was hab ich mit dem Tarif zu tun, ich bin selbst Tarif; wenn das nicht paßt, der kann ja gehen“. Es kann gewiß keiner etwas dagegen haben wenn sich der eine oder andere Kollege in seinem Arbeitsverhältnis verbessern kann, aber wenn dann solche Kollegen, nachdem sie ein „Böschgen“ bekommen, nun dem Verband den Rücken kehren, hat die Firma wenigstens das erreicht, was sie mit der Anstellung beabsichtigt, nämlich einen sicheren Stamm von Arbeitern, auf die sie sich im Falle einer Bewegung verlassen kann. Der andere Teil der ausgeschlossenen Kollegen entfällt zum größten Teil auf die bei der Firma Krupp beschäftigten. Trotzdem die Verhältnisse hier gar nicht so glänzend sind, wie sich mancher Kollege vorher einbildet, denn der Lohn, was schon die Hauptfrage ist, ist mindestens um 5 bis 8 Pfg. pro Stunde niedriger, wie in Privatbetrieben, glauben dieselben, ohne Verband auskommen zu können. Diese Kollegen sollten doch bedenken, daß sie doch nur durch den Opfersinn der Kollegen in Privatbetrieben bisher mit Vorteilen gehabt haben. Sofern der Lohn in den letzteren Betrieben steigt, steigt er auch erfahrungsgemäß bei den Krupp'schen Kollegen. Außerdem sind dort Mißstände genug vorhanden, die ebenfalls durch den Zusammenschluß der Kollegen beseitigt werden können. Nur Einigkeit und vor allem auch Opfersinn hat es den Kollegen im Privatgewerbe ermöglicht im letzten Sommer einen guten Tarif abzuschließen. — Was hat auf ihr Krupp'schen Kollegen! Tretet ein in die Reihen der organisierten Kollegen und schließt euch Mann für Mann dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter an. Nur dann wird es möglich sein, auch durchgreifende Verbesserungen bei der Firma Krupp zu erzielen. Besonders jetzt, wo die christliche Arbeiterkassette in Essen es bewiesen, daß sie auf gewerkschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet ihren Mann zu stellen weiß, sollte kein ehrlich denkender Kollege seine hinter der Front bleiben.

**Gildesheim.** „Sollen die Kollegen Berufsfradigkeit besitzen?“ Ueber dieses Thema sprach am letzten Sonntagabend in unserer Mitgliederversammlung unser Vorsitzender. Zunächst schilderte er, wie die Kollegen bestrebt sein müssen, die Selbstachtung zu erhalten. Die Kollegen müssen stolz auf ihren Beruf sein und Freude an diesem haben. Leider sei bei den Arbeitern ein großer Mangel an Standsbewußtsein vorhanden. Dieses sei darauf mit zurück zu führen, weil der Arbeitgeber vielfach den Arbeiter nicht betrachte als Mensch, sondern als ein willenloses Stück Werkzeug, das keine Gleichberechtigung zu fordern habe. Redner legte dann noch die Punkte auseinander, wie ein Arbeiter herabfällt, der seinen Stand nicht ehrt und an seinem Beruf keine Freude hat. Ein Arbeiter aber, der seinen Stand ehrt, wird nie zum Lohndrücker, sondern er sucht durch die Organisation seine Lage zu verbessern. Aus der nun folgenden Diskussion war zu ersehen, daß es mit der Berufsfradigkeit einiger Arbeiter hier am Orte in verschiedenen Wertstellen schlecht aussieht. Besser wird es nicht eher werden, bis sich die Kollegen alle organisiert haben und zwar bei uns. Deshalb sei ein jeder ein Agitator und arbeite für unsern Verband. Sodann wurde noch beschlossen, daß diejenigen Kollegen keine Arbeitslosen-Unterstützung erhalten, wenn sie unseren Arbeitsnachweis nicht in Anspruch nehmen. Jeder arbeitslose Kollege ist verpflichtet, sich jeden Tag zur Kontrolle in unsern Verbandstale zu melden, des morgens von 10—11 Uhr und des abends im Arbeitsnachweis von 7—8 1/2 Uhr. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß ein Kollege, wenn er krank ist, sich sofort bei der Lokalkasse melden muß. Das Krankengeld wird erst am Tage der Meldung ab berechnet. Kollegen! Unser Tarif ist gesundig. Der neue ist ausgearbeitet, aber es ist zu wünschen, daß endlich die Kollegen mal einsehen, daß sie verpflichtet sind, auf ihre Redenkollegen einzuwirken, damit sich dieselben organisieren. Es werden schon allerlei Schreckschüsse vom Arbeitgeber-Schutzverband losgelassen. Laßt euch nicht irre machen, sondern zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, daß eure Lage hier am Orte noch verschlechtert wird. Besucht die Versammlungen. Unsere nächste Versammlung ist am 23. Febr. In derselben wird Herr Sprachlehrer Koch einen Vortrag halten.

**Essen.** Am 16. Februar wurde unsere Generalversammlung getätigt. Der Vorsitzende sprach sämtlichen Ausschuss-Mitgliedern seinen Dank aus für ihre Tätigkeit im verflorenen Jahre. Sodann gab Kollege Jäger einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Zahlstelle und wies hauptsächlich hin auf die Lohnbewegung im Frühjahr, wobei doch die Kollegen einen bedeutenden Mehr-Ertrag erzielt haben. Hierauf wurden Kandidaten vorgeworfen und auch hauptsächlich die alten Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Auch liegen hier zwei neue Kollegen als Mitglieder anzuzeigen.

Somit haben wir doch im letzten Quartal 8 Aufnahmen zu verzeichnen. Ein schöner Beweis für die Tätigkeit der Mitglieder. Im ganzen nahm die Versammlung einen schönen Verlauf.

**Hamburg.** Wie alljährlich im Monat Januar die Generalversammlung stattfindet, wurde sie auch in diesem Jahre getätigt. Wenn dieselbe auch einigermassen gut besucht war, so hätten wir doch, ganz besonders von den älteren und ganz jungen Kollegen eine regere Teilnahme erwartet. Dem Geschäftsbericht, welcher von Kollege Bullen gegeben wurde, entnehmen wir folgendes: Abgehalten wurden 24 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen und 14 Vorstandssitzungen. In 5 derselben nahmen die Vertrauensmänner und die Arbeitsnachweis-Kommission teil. Die meisten Versammlungen wurden durch Vorträge anregend gestaltet. Unsere Lokalkasse wurde durch den Terrorismus unserer roten Kollegen stark in Anspruch genommen. Deshalb müssen die Kollegen erst recht in punkto Beitragszahlung etwas pünktlicher werden. Auch auf unsern gegründeten Arbeitsnachweis, welcher sich Mühlentstraße 41 befindet, möchten wir die Kollegen aufmerksam machen. Was das Verhältnis mit den „Roten“ anbelangt, so ist im verg. Jahr in unserm Organ die Sache öfters besprochen worden. Aber so viel steht fest, mit der Zeit werden auch starke Bäume moosch und unsere Kollegen weiter fest. Nur zähe Ausdauer und fleißige Agitation kann die richtige Antwort für die Genossen sein. Von den gestellten Anträgen dürften 2 von großem Interesse sein: den Kartellbegleitern und den Vertrauensmännern würde eine kleine Entschädigung bewilligt. Wenn auch unsere Bewegung eine Idealbewegung ist und sein muß, so müssen wir aber doch je nach Verhältnissen den Kollegen die persönlichen Auslagen vergüten. Bei der Neuwahl des Vorstandes gingen mit einigen kleinen Verschiebungen die alten bewährten Kollegen wieder hervor. So stehen wir nun vor einem neuen Arbeitsjahr. Wenn der Boden auch etwas feucht ist, so müssen wir aber stets auf dem Posten sein. Ganz besonders sei denjenigen Kollegen, welche uns dieses Jahr besuchen werden, ans Herz gelegt, wappnet Euch mit geistigen Waffen. Dann könnt Ihr jederzeit dem Gegner Rede und Antwort stehen. So wollen wir nun alle, alt und jung, einmütig zusammenstehen, und nicht erlahmen in unserer guten Sache. Steht wachen wir uns die Parole vor Augen halten: „Es gibt kein Nützen und Raften in unserer Werbearbeit“.

**Bürken- und Pinselmacher.**

**Schnau i. W.** Weiteren Fortschritt, neue Kraft und Begeisterung für unsern Verband brachte unsern Kollegen und Kolleginnen des Bürstenmacherbezirks Schnau-Lobtau der 17. Febr. Morgens fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die uns um eine Reihe Mitkämpfer stärkte und diese Stärkung uns gute Ansichten für die Zukunft eröffnet. Ebenso bedeutungsvoll für unsere Sache war die hier am Nachmittag stattgehabene Konferenz der tätigen Kollegen der verschiedenen Orte unseres Bürstenmacherbezirks. Bei Schnee und schlechtem Wetter schaute der Vertreter von Bernau die 7 ständige Vergtourt nicht und der Eifer der Kollegen allerorts wirkte schon gegenseitig begeistern. Aus den Berichten der Kollegen war erfreulich das stetige Wachsen der Mitgliederzahl an allen Orten. Was in unsern Zahlstellen noch fehlt, sahete uns Kollege Bacher (Mühlhausen) vor Augen und fasste dieses in folgende Punkte zusammen: 1. Innere Festigung der Zahlstellen. Er verlangte regelmäßige Mitgliederversammlungen, Schulung der Mitglieder durch kleine Vorträge und Diskussion. Aufzählung sämtlicher Mitglieder zur Mitarbeit. Unter Punkt 2. Weiteren Ausbau der Zahlstellen betonte er die bringende Notwendigkeit einer planmäßigen Hausagitation. Mit dem Besprechen diese Punkte sollte durchzuführen, und eine eifrige Agitation zu betreiben, gingen die Kollegen auseinander. Immer mehr mögen unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts sich bewussten werden: Gemeinsam nur können wir unser Ziel erreichen, Verbesserung und Hebung unseres Berufes, gemeinsam müssen wir zusammenarbeiten an dem weiteren Ausbau der Organisation. (Anm. der Redaktion. Bei den Bürstenmachern scheint allmählich die in ihnen schlummernde Latenz zu frischem Leben zu erwachen. Denn von allen Orten kommen Berichte über ihre eifrige Tätigkeit. Nur so weiter, dann kann auch in diesem Berufe mit Erfolg für sie gearbeitet werden).

**Eingesandt.**

**Rehr: Wissen.**

Sollen unsere christlichen Gewerkschaften das erreichen, was sie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf ihr Programm geschrieben haben und wofür sie einzutreten ernstlich bestrebt sind, so bedürfen sie vor allem eine große geschulte Mitgliederzahl, die sie als zielbewussteste Streiter für ihre Ideen den Befürwortern unserer heutigen umgebunden wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie der Gesetzgebung präsentieren können. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften ist ja in den letzten Jahren trotz der zum Teil schwierigen Agitation und wider Erwarten der Gegner enorm in die Höhe geschossen; aber dennoch ist bei Beitem nicht die Zahl vorhanden, die die christlichen Gewerkschaften in Anbetracht ihrer idealen Bestrebungen beanspruchen können und müssen. Immer neue Massen der christlichen Arbeiterbewegung zuzuführen muß daher unsere erste Pflicht sein. Nicht etwa besteht diese Pflicht nur für die Vorstände und sonstigen Funktionäre, sondern für jedes Mitglied, zumal alle doch ein Interesse an der Durchführung der angeführten Verhältnisse haben. Es muß die taktische Frage aufgeworfen werden: „Von welchen Gesichtspunkten aus müssen wir unser Agitationswerk betreiben?“ Mit anderen Worten: „Wie müssen wir unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung begründen, um alle uns noch fernstehenden Arbeitskollegen für unsere Sache zu gewinnen?“

Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften, die bis dato das größte Feld auf gewerkschaftlichem Gebiete behaupten, finden auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie für die Agitation ein Hauptquartier in der Propaganda des Klassenkampfes und Schürung des Klassenhaßes. Diese Art der Agitation, die jedes missverständlichen Untergrundes entbehrt, ist dazu angetan, die große unwissende Masse der Arbeiterschaft den sozialdemokratischen Gewerkschaften zuzuführen. Wir, die wir auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, und somit unsere Ziele und Wege von einem weit höheren Idealismus vorgezeichnet sind, müssen es verstehen in geschichtlicher Weise für unsere Weltanschauung einzutreten und aus dem Natürlichen zu begründen. Mit der Begründung der christlichen Weltanschauung müssen wir

Den von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften gepredigten Materialismus mit seinen verderbenden Auswüchsen, die er im Wirtschaftsleben sowie in der Gesellschaft gezeitigt hat, widerlegen und zerpfücken. Die Arbeiterschaft muß davon überzeugt werden, daß nur auf dem Boden des Christentums, sowie unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die Schaffung gesunder Verhältnisse auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete möglich ist.

Um in der angeführten Weise erfolgreich arbeiten zu können, muß man sich zuvor die nötigen Kenntnisse aneignen. Die Lehren des Christentums, sowie die Stellung desselben zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen muß man gründlich studiert haben (vorausgesetzt die Lehre der Volkswirtschaft). Dieses gilt für alle, die in der Agitation tätig sind. Besonders den Mitgliedern der einzelnen Ortsvereinigungen und den Vertrauensmännern ist es mehr wie bisher zu empfehlen, dieses zu beachten; denn gerade diese sind es, denen die praktische Agitation in den einzelnen Orten obliegt. Wer etwas in der Agitation erreichen will, der muß vor allem über ein großes Wissen verfügen, der muß dem Gegner geistig überlegen sein. „Mehr Wissen, mehr geistige Fähigkeit!“ Je höher die Ideale, je mehr müssen wir uns in die Materie hineingedacht haben, um alles zu verstehen und wirksam hierfür Propaganda machen zu können. Die Mitglieder müssen die praktischen Winke zur Selbstschulung, die vom Vorstand des Gesamtverbandes, sowie von den Vorständen der einzelnen Verbände gegeben werden, sich zu Nutzen machen; dann aber auch die sozialen Unterrichtskurse besuchen, wo solche bestehen. Wissen ist Macht, und wer die Macht hat, wird siegen.

Von diesem Grundsatze müssen wir uns noch mehr wie bisher leiten lassen. Nur dann, wenn jeder voll und ganz seinen Mann steht, werden unsere christlichen Gewerkschaften dahin kommen, daß sie das Erreichen, was sie anstreben.

R. R.

### Gewerkschaftliches.

Der Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, den wir in voriger Nummer veröffentlichten, findet in der bürgerlichen Presse die weitgehendste Beachtung. Die Niederlage der Sozialdemokratie weist mit Naturnotwendigkeit auf die christliche Gewerkschaftsbewegung hin. So schreibt die Kath. soz. Korrespondenz:

„Für die weitere Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist die Situation heute so günstig, wie kaum je zuvor. Diese gilt es jetzt, nach jeder Richtung auszunutzen.“

Die weit der Schlag, der am 25. Januar die sozialdemokratische Partei getroffen hat, auf die mit ihr verbündete „freie“ Gewerkschaftsbewegung rückwirken wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls bedeutet aber die numerische Niederlage der Partei für letztere eine moralische.

Die Gründe für die sozialdemokratische Wahlschlappe dürften in dem Aufruf der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im wesentlichen richtig angegeben sein. Mag der eine mehr oder weniger wirksam gewesen sein, die Hauptursache ist, daß in dem ehemals scheinbar unantastbaren Siegeszug der Sozialdemokratie ein Halt eingetreten ist, daß weite Arbeiterkreise, die der Sozialdemokratie versallen waren, den bürgerlichen Parteien erhalten geblieben sind.

Diese befinden dann, daß sie dem heutigen Gegenwärtigen mehr Vertrauen entgegenbringen, als dem Phantom des sozialdemokratischen Zukunftsphantoms. Trotzdem die sozialdemokratische Presse den Arbeitermassen irreführend die Früchte unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu verfechten mag, ist ihr dies nicht gelungen. Die wohlthätige Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung tritt immer mehr in die Erscheinung und kommt den Arbeitern praktisch zu gute. Das Vertrauen, daß die Arbeiter dem Gegenwärtigen entgegengebracht haben, sollte von diesem nicht unmerklich bleiben durch die Fortsetzung einer guten Sozialpolitik. Nur so kann die Niederlage der Sozialdemokratie eine dauernde werden.

Eine solche Sozialpolitik sollte vor allem diejenigen Maßnahmen in sich begreifen, die geeignet sind, dem Arbeiterstand das überzeugende Gefühl beizubringen, daß sie ein mit den anderen Ständen gleichberechtigter Stand im Staate sind. Eine Probe solcher Sozialpolitik kann die Regierung sofort leisten dadurch, daß sie das Berufsverbotsgesetz sofort wieder in einer solcher Form erkinde, daß es nicht nach einem längeren, die Bewegungsfreiheit hemmenden Exzessive und Polyrigoris ausfällt, sondern einem freizeithilflichen Gesetzwerk. Ein solches müßte der Standesbewegung der nicht sozialdemokratischen Arbeiter, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, den Charakter der Gleichberechtigung verleihen und viel zur Einordnung dieser in den modernen Staat und die moderne Gesellschaft beitragen.

Für denjenigen Arbeiter aber, der vom Staat die Fortführung der Sozialpolitik, von der Gesellschaft die Anerkennung eines Standes als gleichberechtigter, die Anerkennung desselben an öffentlichen Ehren und Werten verlangt, ist es eine fast lächerliche Pflicht, seine Standesbewegungen mit allen Kräften durch Wort und That in ihr zu unterstützen. Speziell unter diesem Gesichtspunkte ist auch von jeder Stelle aus das Gewissen des einzelnen gerne gehört, und die christlich-nationalen Arbeiterbewegung in ihrem Appell an das nicht sozialdemokratische Volk heranzuzuführen!

Die Seltene im Sattlerberuf. Unter der Spitzmarke: „Der Verband selbständiger Sattler“, bringt die „Sattlerzeitung“ in ihrer Nr. 4 d. J. folgende Notiz aus Posen:

„Ein Bericht selbständiger Sattler ist ein Sonntag lang abgelesen, aber von mehr als 100 Sattlern hingenher bekommen ist bisher gar nicht worden. Der Verband bequemt die Meinung der gewerkschaftlichen Sattler im Einklang mit der nationalen der Parteigenossen und soll ihre Tätigkeit über ganz Ostpreußen erstrecken. Der Verband, dem bereits 120 Sattler als Mitglieder angehören, soll zunächst auf einen Jahreskongress in Posen in den nächsten Tagen berufen werden.“

so soll es den einzelnen Ortsvereinen überlassen bleiben, sich zu Zwangsvereinigungen auszugestalten. Die Anregung zur Gründung des Verbandes ging von den Gehülften aus, die bei der Steigerung der Leberpreise und dergleichen in ihren Lohnzahlungen mit betroffen werden. Weil jedoch die Gehülften den Streik für verwerflich erachteten, suchten sie zusammen mit den Unternehmern eine wirtschaftliche Lösung des Gewerbes anzustreben. Eine Aufbesserung der Löhne der Riemer auf dem Lande, die kontraktlich an die Gutsbesitzer gebunden sind, will der Verband durch Auffklärung der Gutsbesitzer über die gebräuchliche Lage des Gewerbes erreichen. Wenn nicht, dann müsse eine Verschlechterung des Materials und der Arbeit eintreten.

In der über 6 Stunden dauernden konstituierenden Versammlung führte ein Sattlermeister aus Posen den Vorsitz. Des ferneren hielten 2 Sattlermeister Referate über das Bedürfnis eines Zusammenschlusses der Sattler, resp. über das Verhältnis von Meistern und Gehülften nach dem Arbeitskontrakte und zum Schluß ein Gesühle über die Ausnutzung der Lehrlinge und die sachgemäße Ausbildung der Gehülften. — Den angenommenen Statuten zufolge soll monatlich eine Versammlung mit sachgemäßer Vorlage stattfinden. Anträge für die alljährliche Generalversammlung müssen einen Monat vorher eingereicht werden. Der Monatsbeitrag der Mitglieder beträgt 50 Hg.; kommt jedoch bei einer einmaligen Einzahlung von 50 Mk. in Wegfall. Das Vermögen soll einer Bank überwiesen werden und 30 Mk. zur Dedung von laufenden Ausgaben in der Kasse bleiben. Ein Teil des Kapitals wurde zur Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse bestimmt. In den Vorstand wurden zehn Mitglieder gewählt, die die einzelnen Ämter unter sich verteilen sollen.

Die Posener Gehülften halten also den Streik für verwerflich und schließen sich deshalb nicht den Gewerkschaften an. Um jedoch ihre Lage zu verbessern, suchen sie zusammen mit den Meistern bessere Preise von den Gutsbesitzern zu erlangen. Was werden die Posener Gehülften in ihrer Interessen-Harmonieüberlei wohl anfangen, wenn die Meister die durch den Verband erzielten Mehrverdienste in die eigene Tasche stecken und den Gehülften das Nachsehen überlassen?

Brave Arbeitswillige. Wie häufig kann man es erleben, daß die Unternehmer arbeitswillige Ausländer heranzuloten, ehe sie ihren einheimischen Arbeitern die geringsten Verbesserungen ihrer Lage zugestehen. Nach diesem berühmten Muster handelte auch ein Steinbruchbesitzer in Beucha, der sich ein Vierteljahr hohmische Arbeitswillige in seinen Betrieb holte, statt seinen alten Leuten eine geringfügige Lohnaufbesserung zu gewähren. Die Qualität der Streiberecher zeigte sich jedoch schon bei der ersten Lohnzahlung. Die Böhmern hatten einen solchen Durst, daß sie den größten Teil des erhaltenen Lohnes in Alkohol umsetzten. Hierbei provozierten sie eine wilde Prügelei, so daß der Wirt die Herren Arbeitswilligen auf die Straße befördern mußte. Als trotz Warnung einige Gäste das Lokal verließen, um nach Hause zu gehen, wurden sie von den Böhmern verfolgt und mißhandelt. Dann stürmten die Streiberecher nach dem Gasthof zurück und benutzten ca. 25 Stühle zum Werfen auf die friedlich am Stammtisch sitzenden Gäste, die ihr Heil in der Flucht suchen mußten. Eine Gaslampe und eine Petroleumlampe gingen bei der Berserei in Trümmer. Mehrere der Anwesenden wurden erheblich verletzt. Nachdem der Wirt die wie Bandalen hausenden Ungehörigen aus dem Lokal hinausgedrängt hatte, begannen diese von der Straße mit Steinen zu werfen und zerschlugen dabei 13 Fenster Scheiben. Wie die Unholde gewirtschaftet haben, beweist der Umstand, daß insgesamt 15 Stühle, 10 Biergläser und 4 Streichholzbüchsen zerstört waren. Der Wirt hat einen Schaden von circa 80 Mk.

Infolge dieser Gewalttätigkeiten hatten sich 14 der „nützlichen Elemente“ vor dem Schwurgericht in Leipzig wegen Landesfriedensbruch zu verantworten. Sie erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahr und zwei Monaten für ihre Geldtaten zubüßiert. Zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden ihnen in Anrechnung gebracht. Ob der Steinbruchbesitzer nun wohl eingesehen hat, daß er für sich selbst und die ganze Gemeinde besser gefahren wäre, wenn er seinen alten bewährten einheimischen Arbeitern eine Lohnaufbesserung gewährt hätte, als sich diese „nützlichen Elemente“ aus dem Ausland zu holen? Auch noch viele andere Unternehmer könnten aus diesem Landesfriedensbruch recht gut etwas lernen.

### Soziale Rundschau.

Die deutsche Arbeitsnachweise. In der Denkschrift, die unlängst das kaiserliche statistische Amt über die Arbeitslosenversicherung in Deutschland und Ausland herausgegeben, sind auch in runden Ziffern die Arbeitsnachweise in ihren verschiedenen Formen angeführt. Die gemachten Angaben stammen aus dem Jahre 1904, nur bei den Arbeitnehmer-nachweisen sind die Jahre 1901 und 1903 herangezogen. Ueber die Zahl der Arbeitsnachweise geben uns folgende Angaben Aufschluß:

1. Jungringnachweise	2400
2. Arbeitnehmernachweise	1600
3. Öffentlicher allgemeiner Nachweis	400
4. Partikuläre Jungringnachweise	60
5. Kaufmännische Nachweise	60
6. Arbeitgeber-nachweise	33
7. Nachweise der Landwirtschaftskammern	11

Die Arbeitervermittlungsergebnisse der Nachweise gestalten sich:

1. Öffentlicher allgemeiner Nachweis	550 000
2. Arbeitgeber-nachweise	230 000
3. Jungringnachweise	213 000
4. Arbeitnehmer-nachweise	120 000
5. Partikuläre Jungringnachweise	51 000
6. Nachweise der Landwirtschaftskammern	50 000
7. Kaufmännische Nachweise	25 000

In Durchschnitt stellen auf je einen Arbeitsnachweis: bei den Arbeitgebern 700, Landwirten 4545, Öffentlich-ökonomischen 1375, Fach-Partikuläre 850, Kaufmännische 416, Arbeitnehmer 120 und Jungringen 83 vermittelte Stellen. Entscheiden wir die Industriearbeitsnachweise aus

so sind die Arbeitgeber-nachweise den anderen Formen voraus, ein Zeichen, warum die Arbeitgeber so emtinen Wert auf ihre Arbeitsnachweise legen. Sehr klein ist hierzu die Zahlen der Arbeitnehmer-Nachweise recht die der Jungringen aus.

### Aus Arbeitgebertreffen.

Scharfmacherglauben. „Ob Sozialdemokrat, ob Arbeiter, ob Anhänger der Hirsch-Dunckerschen Richtung alle finden sich auf dem Boden eines wirtschaftsrevolutionären Programms zusammen und die Gemeinsamkeit derzeit die Notwendigkeit, gemeinsam gegen alle Gewerksfront zu machen“, — so schreibt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nummer vom 25. November 1904 hätte hinzufügen sollen: denn Arbeiterorganisationen überhaupt keine Existenzberechtigung, dieses Recht haben den deutschen Schlot- und Grubenbaronen zu, zur Ehre des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Was ist sie die tiefen ideellen Kämpfe, welche die deutschen untereinander ausfechten — zu dumm für sie, sie den Grundsatz der Macht. Freilich äußert sich dieser Standpunkt in höchst rückständiger bornierter Weise, und mit dem wirtschaftsrevolutionären Programm können genau so zurückgeben — ja sie haben dann schon „Revolution“ gemacht. Das sind ja die öden Klassen von rechts, die dem Grundsatz huldbigen, das Märch-Menschenrechten gehört in die Kumpelkammer. Die Organisationen werden ihnen zeigen, daß sie es Menschenrechten ernst nehmen, und wenn nicht gutwilla dann durch Kampf. Denn mehr sind sie nicht w

### Soziale Rechtsprechung.

Krankheit und Invalidenversicherung. Eine Entscheidung in der Invalidenversicherung hat das Versicherungsamt getroffen. Sie geht dahin, daß auf Pflichtbeiträge, von deren Leistung der Eintritt der Verletzungszeit von 200 Beitragswochen nur solchen Person gute kommen sollte, die tatsächlich 100 Beiträge haben. Dieser Auslegung gegenüber ist jedoch zu sichtig, daß die Anrechnung von Krankheitswochen Beitragswochen ohne jede Beschränkung für zulässig ist, und es schon um deswillen nicht gerechtfertigt die Ergänzung der geforderten 100 Pflichtbeiträge Krankheitswochen oder sonstige Ersatzsachen auszusprechen. Eine abweichende Auslegung würde eine Unwilligkeit über allen denjenigen Versicherungen darstellen, die vorrichtung von 100 Pflichtbeiträgen zwar noch nicht er unfähig im gesetzlichen Sinne, wohl aber beruht wurden und genötigt sind, sich, statt als Arbeiter, als Unternehmer oder Hausgewerbetreibende zu ernähren. obigen Beschluß ist zweifellos ein bedeutender Fortschritt die Versicherungen geschaffen. Bekanntlich muß ein Versicherter 200 Beitragswochen nachweisen, um in den der Rente zu gelangen, oder falls er aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung austritt, um sich weiter versichern können. Krankheit und militärische Dienstleistungen wohl als Beitragswochen, jedoch mußten nach dem üblichen Grundsatze 100 Marken geklebt sein. Nach Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Versicherung in Deutschland ist auch dieses nicht mehr erforderlich. z. B. nach genannter Entscheidung jemand 80 Marken hat, 100 Wochen Militärdienst und 20 Krankheitswochen = 80+100+20 = 200 nachweisen kann, so würde Rente beanspruchen, sowie sich später freiwillig versichern können.

### Aus dem gewerblichen Leben.

Fusion in der Zinoleum-Industrie. Die Generalversammlung der Bremer Zinoleumwerke Delmenhorst (Schlüsselmarke) genehmigte einstimmig die Fusion mit Bremer Zinoleumwerke Ropema A.-G. Das Aktienkapital zu diesem Zwecke um 3 Mill. Mark auf 4 1/2 Mill. Mark erhöht; ein Teil hiervon wird den alten Aktionären zu Kurze von etwa 200% zum Bezuge angeboten werden. Vorsitzende des Aufsichtsrates teilte mit, daß die Dividende pro 1906 nach außerordentlichen Reserverestellungen von 18% (z. B. 14% auf 2 Millionen Aktien) in Vorschlag gebracht werden wird.

### Tüchtige Möbelschreiner

werden nach Zürich (Schweiz) gesucht. Auskunft erteilt christliche Arbeitersekretariat, Rotwandstr. 11, Zürich III.

### 3-4 tüchtige Bauerschreiner

finden dauernde Beschäftigung. Näheres beim Kollegen B. Sell. Offenbach a. M. französisches Geschäft

### Tischler-Fachschule, Leipzig

Meister, Zeichner, Meister, sofortige Anstellung, erfolgreichste Lehrmethode. — Programm frei von Dir. G. Streich, Köhnigerstr. 15.